Appenzellerland

Mittwoch, 23. Februar 2022

Gemeinderätin tritt zurück

Teufen Pascale Sigg-Bischof tritt aus persönlichen Gründen per Ende Februar als Gemeinderätin zurück. In der gestern Dienstag versandten Medienmitteilung zeigt der Teufner Gemeinderat Verständnis und Bedauern für die Entscheidung von Sigg-Bischof.

Der Rücktritt erfolgt ausserhalb des nach der Gemeindeordnung und dem Gesetz über politische Rechte ordentlichen Termins für Rücktritte aus den Gemeindebehörden. An seiner nächsten Sitzung wird der Gemeinderat über die längerfristige Überbrückung der Vakanz entscheiden. Bis dahin übernimmt Gemeinderat Roger Stutz die Stellvertretung.

Pascale Sigg-Bischof ist seit dem Jahr 2016 im Gemeinderat. In der Mitteilung heisst es weiter, dass sie sich mit grossem Engagement für die Belange von Teufen eingesetzt habe. So hat sie etwa die Arbeitsgruppe Neubau Sekundarschulhaus mit Elan und viel Herzblut erfolgreich durch die Volksabstimmung geführt und die Projektumsetzung zügig an die Hand genommen. Neben dem Ressort Bau leitete Sigg-Bischof weitere Arbeitsgruppen und hat in mehreren mitgewirkt. Der Gemeinderat dankt ihr bereits heute für ihren sehr grossen Einsatz und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute. (gk/ssd)



Pascale Sigg-Bischofs Rücktritt erfolgt aus persönlichen Grün-Bild: Karin Erni

Mit Auto überschlagen

Rehetobel In der Nacht auf Dienstag ist es zu einem Selbstunfall mit einem Auto gekommen. Wie die Ausserrhoder Kantonspolizei mitteilt, fuhr ein 44-Jähriger um 1 Uhr auf der St. Gallerstrasse von St. Gallen kommend in Richtung Rehetobel. In einer Linkskurve im Bereich Habset stiess der Mann mit dem Auto gegen einen Röhrenzaun und durchbrach diesen.

Darauf stürzte der Fahrer mit dem Auto über die Stützmauer auf das darunterliegende, abschüssige Wiesenbord. Dort überschlug sich das Auto mehrfach und kam rund 60 Meter unterhalb der Strasse in einem Garten zu stehen. Der Fahrer wurde zur Kontrolle ins Spital gefahren. Aufgrund der durch die ausgerückte Polizeipatrouille festgestellten Alkoholsymptome wurde beim Autofahrer eine Atemalkoholprobe durchgeführt. Am Auto entstand Totalschaden. Der Schaden am Metallzaun und Wiesland wird auf mehrere Tausend Franken geschätzt. (kpar)

Schulden steigen trotz Geldregen

Heiden erhält zusätzliche Steuereinnahmen in Millionenhöhe. Die Kurzfristigkeit wirft Fragen auf.

Astrid Zysset

Heiden profitiert von einem unerwarteten Geldsegen: Das kantonale Steueramt informierte die Gemeinde, dass der Steuerertrag der natürlichen Personen in den nächsten vier Jahren insgesamt um rund zehn Millionen Franken höher ausfallen wird. Gemeindepräsident Gallus Pfister: «Über eine solche Nachricht sind wir natürlich ausserordentlich glücklich.» Sie bedeutet auch, dass auf die geplante Steuererhöhung von 0,2 auf 3,9 Einheiten im Voranschlag 2022 verzichtet werden kann.

Die Vorderländer Gemeinde hatte aufgrund vieler Investitionen, die anstehen, düstere Finanzprognosen. Denn trotz der vorgeschlagenen Steuererhöhung wäre das strukturelle Defizit bestehen geblieben und der Nettoverschuldungsquotient bis 2025 auf 236 Prozent angestiegen. Den ersten Voranschlag 2022 schickten die Bürgerinnen und Bürger vergangenen November an der Urne denn auch deutlich bachab. Eine überarbeitete Version kommt nun am 3. April zur Abstimmung.

Genauere Steuerprognosen waren nicht möglich

«Eigentlich wäre das Edikt schon ausgearbeitet gewesen», so Pfister. Das kantonale Steueramt meldete sich vergangenen Freitag bei der Gemeinde, das Wochenende über hat der Gemeinderat flugs einen neuen Voranschlag ausarbeiten müssen. Pfister findet denn auch trotz aller Freude deutliche Worte: «Unser Steuergesetz ist mangelhaft.»

Aufgrund einer Gesetzesrevision erhalten die Gemeinden seit 2019 keine Einsicht mehr in die Steuerdaten. Dies mache es schwierig, die Steuereinnahmen zu budgetieren. Pfister spricht von einem «Blindflug», den



Heiden kann sich über zusätzliche Steuermillionen freuen.

man machen muss, und von einem «unnötigen Leerlauf», der mit dem Erstellen des zweiten Voranschlags einher ging.

Nun also gibt es eine dritte Version des Voranschlags 2022. Abgesehen von der Steuererhöhung, die nun gestrichen wird, ändert sich in diesem nicht viel

gegenüber dem vorangegangenen Vorschlag. Die Investitionen wurden vorgängig, als noch die düsteren Finanzprognosen herrschten, in Kategorien eingeteilt. Die dringlichen werden wie geplant 2022 umgesetzt. So auch die grösseren Investitionen: Die Planung Neubau Mehrzweckhalle Gerbe sowie der neue Bahnund Bushof. Je nach Rechnungsabschluss könnten dann dieienigen Investitionen, die einst auf die längere Bank geschoben wurden, in den kommenden Jahren nun vorgezogen werden. Trotz den durchschnittlich 2,5

Millionen Franken zusätzlich

«Unser Steuergesetz ist mangelhaft.»



Gallus Pfister Gemeindepräsident Heiden

pro Jahr steigt der Nettoverschuldungsquotient in Heiden an. Bis 2026 soll er sein Maximum mit 166 Prozent erreichen. Aber dann sinkt er stetig und ab 2032 sei er gemäss Pfister wieder bei vergleichsweise geringen 145 Prozent.

Gerüchte bleiben unkommentiert

Doch was hat nun genau zu dem Geldsegen geführt? In der Medienmitteilung ist von Einzelereignissen zu lesen, welche zum zusätzlichen Fiskalertrag führen. Gemunkelt wird über den kürzlichen Börsengang des Schuhunternehmens «On», dank dem es zu einer Vermögensvermehrung gekommen sein soll. Einer der «On»-Gründer wohnt in Heiden. Pfister kennt diese Gerüchte, kommentieren will er sie jedoch nicht.

Komitees halten an Fusions-Initiativen fest

Trotz des Kompromissvorschlags des Kantonsrates werden die Initiativen «Starke Ausserrhoder Gemeinden» und «Selbstbestimmte Gemeinden» noch nicht zurückgezogen.

Jesko Calderara

Der Kantonsrat hat sich am Montag für den Gegenvorschlag der Regierung zur Initiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» ausgesprochen. Demnach soll die Anzahl Gemeinden im Kanton von 20 auf 4 reduziert werden. Der Gegenvorschlag wurde mit einem Eventualantrag ergänzt.

Roger Sträuli hat die Debatte im Kantonsrat mit starkem Interesse verfolgt. Mit dem Ergebnis zeigt sich der Präsident der IG Starkes Ausserrhoden grundsätzlich zufrieden. «Damit konnte die komplette Verwirrung verhindert werden», sagt er. Grundsätzlich findet Sträuli den gewählten Ansatz gut. Dadurch könnten die Stimmberechtigten zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden, die Fusionen von unten ermöglicht und von oben anstrebt.

Der Eventualantrag, den Kantonsrat Patrick Kessler (Teufen) am Montag im Namen der FDP-Fraktion eingereicht hatte, sieht unter anderem die Streichung der Gemeindenamen aus der Kantonsverfassung vor. Damit nimmt er das Anliegen der Initiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» auf. Ein Rückzug ihrer Initiative ist für die IG Starkes AR im Moment kein Thema. «Wir wollen zuerst die Ergebnis-



Roger Sträuli präsidiert die IG Starkes AR.

Bild: APZ



Siegfried Dörig ist Präsident der IG Selbstbestimmte Gemeinden.

Mitglieder der IG nach ihrer Meinung befragen», sagt Sträuli. IG hat Erwartungen an die Regierung

se der Volksdiskussion sowie die

dritte Lesung im Kantonsrat abwarten und letztlich auch die

Mit der Initiative «Selbstbestimmte Gemeinden» wurde kürzlich ein weiteres Volksbegehren zum Thema Gemeindestrukturen eingereicht. Die Initiative fordert, dass für Zusammenschlüsse die Zustimmung der Stimmberechtigten jeder betroffenen Gemeinde erforderlich ist. Diese Forderung sieht der Eventualantrag ebenfalls vor. «Der Kantonsrat hat unsere Stossrichtung aufgenommen», freut sich Siegfried Dörig, Präsident der IG Selbstbestimmte Gemeinden. Dadurch werde

dem Prinzip der Selbstbestimmung jeder einzelnen Gemeinde Rechnung getragen. Entscheidend ist nun gemäss Dörig die Ausgestaltung des Fusionsgesetzes und die Neugestaltung des Finanzhaushaltsgesetzes. Auf die dritte Lesung im Kantonsrat müssten die Absichten des Regierungsrates bekannt

Das Initiativkomitee wird an ihrer nächsten Sitzung die neue Ausgangslage beurteilen und sich anschliessend vernehmen lassen. Ein Rückzug der Initiative sei möglich, sagt Siegfried Dörig. «Aber nur wenn alle Punkte erfüllt sind und der Stimmbürger Gewähr hat, dass die Selbstbestimmung jeder Gemeinde in Kenntnis aller Konsequenzen bekannt ist.» Der Zeitpunkt sei noch nicht bestimmt.